

MITTEILUNG**aus der Niederschrift einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und****Familie****am Dienstag, 19.03.2024, 16:00 Uhr,****im großen Sitzungssaal des Rathauses, 46236 Bottrop****- Nr. 2 /2024 -****A) Öffentliche Sitzung****4**

Zuständigkeit:

Jobcenter Bottrop - Leistungsbilanz 2022/2023 und Arbeitsschwerpunkte 2024

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld begrüßt Frau Jesenek-Förster und erteilt ihr das Wort.**Frau Jesenek-Förster** erläutert auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation die aktuellen Zahlen des Bottroper Jobcenters (*Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt*).**Vorsitzender Ratsherr Buschfeld** dankt Frau Jesenek-Förster. Anhand der Präsentation sei gut erkennbar, dass es in Bottrop besonders erfolgreich gelinge, Arbeitgeber und potentielle Bewerber zusammenzubringen.

Auf Nachfrage von **Sachkundigem Bürger Heinke** erklärt **Frau Jesenek-Förster**, die Zahl der Bezieher von Aufstockungsleistungen sei in Bottrop im Vergleich zu anderen Kommunen vergleichsweise gering, da zum einen eine bedarfsdeckende Integration gut gelinge, man bei den Leistungsempfängern zum anderen aber auch einen recht hohen Anteil von Ein-Personen-Haushalten vorfinde, die durch eine Arbeitsaufnahme schnell aus dem Bezug von Bürgergeld fallen. Hinzu komme, dass auch bei Vermittlung in Teilzeitbeschäftigung stets der sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit der Vorzug vor einem Minijob gegeben werde.

Leider seien die Mittel, die für Integrationsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt werden, für das Jahr 2024 deutlich geringer ausgefallen als in den Vorjahren, was die Integrationsquote deutlich negativ beeinflussen werde.

In Beantwortung einer Frage von **sachkundigem Bürger Hausner** erklärt sie, der von ihr gewählte Vergleich mit den Nachbarkommunen Gelsenkirchen und Oberhausen sei neben der Nachbarschaft auch dadurch zustanden gekommen, dass beispielsweise die Stadt Gladbeck als Optionskommune mit Städten, die die Jobcenter als gemeinsame Einrichtungen von Kommune und Bund betreiben, nicht vergleichbar sei. Sie weist außerdem darauf hin, dass aufgrund von höheren Regelsätzen und aufgrund von sogenannten „Vertrauenszeiten“ mehr Menschen Anspruch auf Bürgergeld hätten als zuvor auf das Arbeitslosengeld II.

Ratsfrau Dr. Bunse erkundigt sich nach den Integrationskursen. **Frau Jesenek-Förster** erklärt, hier gebe es neben Raumproblemen, die man jedoch beheben konnte, einen Mangel an Lehrkräften.

Beigeordnete Alexis-Eifert ergänzt, der Bund mache strenge Auflagen für die Einrichtung von Unterrichtsräumen für Integrationskurse.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dominas** erläutert Frau Jesenek-Förster, die Wartezeit für Deutschkurse betrage zur Zeit etwa 25 Wochen. Die Integrationsquote bei Männern sei zudem höher als bei Frauen, da diese häufiger durch die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen zuhause bleiben.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld dankt Frau Jesenek-Förster für den Vortrag und die Erklärungen.